

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Die Bundeswehr – Thema für nur noch wenige?

Zu Guttenberg hatte damit begonnen und De Maiziere setzt sie jetzt um: zwei Herren aus altem Adel wagten sich an eine Militärreform, die die Soldaten vom Volk entfernt. Sowohl das Ende der Wehrpflicht als auch die Reduzierung der Planstärke der Bundeswehr reißt die Soldaten endgültig aus den Herzen der Bevölkerung. Musste das sein? Welche Rolle spielt Deutschland noch, beispielsweise beim NATO-Gipfel im Mai in den USA?

495 000 Soldaten umfasste die Bundeswehr der alten Bundesrepublik. Dazu kamen rund 170 000 Soldaten der Nationalen Volksarmee und natürlich Hunderttausende von Besatzungstruppen, gestellt von den ehemaligen Alliierten. Das nach dem 2. Weltkrieg geschrumpfte Deutschland war ein Hochsicherheitsstrakt geworden. Das Ende des Kalten Kriegs ab 1989 ließ frischen Wind in dieses Land. Zuerst waren es die Kaukasus-Gespräche von Helmut Kohl und Michael Gorbatschow, die die Reduzierung der Soldaten verlangten. Dann kam die Reform durch Bundesverteidigungsminister Volker Rhe, die die Integration der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr – bei weit geringeren Planzahlen – erbrachte. Zuletzt wurde, manchmal auch „nach Haushaltslage“, ein Stand von 230 000 Soldaten und 100 000 Zivilbeschftigten festgeschrieben. Unter De Maiziere sinkt die Zahl nochmals.

Die Wehrpflicht war überholt

Abgeordnete, die Bürgersprechstunden gehalten hatten, werden bestätigen, dass immer mehr Arbeitgeber und Eltern zu ihnen kamen, die ihre Söhne nicht mehr zur Bundeswehr gehen lassen wollten. Sätze wie „Mein Sohn ist für die Bundeswehr zu wertvoll, nehmt Euch doch die Arbeitslosen“, gehörten zu den Standard-Argumenten. In der Tat leistete am Schluss höchstens ein Viertel der Wehrpflichtigen den Grundwehrdienst ab. Dafür war die Kreiswehrrersatzamts-Bürokratie zu aufgeblht. „Die Wehrpflicht muss bleiben“,

wurde im übrigen meist von jenen gerufen, die selbst nicht zum Dienst bereit waren, man prüfe nur die Lebensläufe der derzeitigen niederbayerischen Bundes- und Landtagsabgeordneten oder auch Landräte aller Parteien auf ihre „Zugehörigkeit zum Bund“.

Vor allem aber war die Wehrpflicht überholt, als die Bundeswehr zur internationalen Einsatzarmee mutierte und dort keine Grundwehrdienstleistenden eingesetzt werden durften. Außerdem ist gemeinsam mit den Verbündeten die Zahl der Soldaten in Europa immer noch stark genug, um die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Man muss nur aufpassen, dass es in absehbarer Zukunft nicht Staaten gibt, die nichts mehr für die kollektive Verteidigung erbringen. Da hätte dann ein so großes Land wie die Bundesrepublik neben der Euro-Stützung noch ein weiteres Problem am Hals. Die künftige Bundeswehr wird übrigens, bei entsprechender Laufbahngestaltung und wegen ihrer zahlreichen technisch anspruchsvollen Berufe, genug Interesse bei jungen Männern und Frauen erwecken, um die verbliebenen Kasernen zu fllen. Kürzlich wurde das auch in Deggendorf bestätigt, bei einer Tagung in den Räumen des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes von Staatssekretär Schmidt.

„Weniger Soldaten – weniger Kaufkraft“

So verwies unlängst die „Bayerische Staatszeitung“ auf die Verödung mancher Standorte ohne die Bundeswehr. Es wird auch nicht bloß an der Bundeswehr geknabbert, sondern



Bundeswehrsoldaten in Passau nur mehr auf der Frhjahrmesse (2012 mit Ex-Verteidigungsstaatssekretr Dr. Klaus Rose, Mitte).

ebenfalls an der US-Armee. Anders als die ehemals sowjetischen Soldaten, die 1994 endgültig abgezogen wurden, befinden sich nämlich noch zahlreiche „West-Alliierte“ auf deutschem Boden, auch weil sie NATO-Verbündete sind. „Ami go home“ ist beispielsweise in Grafenwöhr nie erklungen. Denn das ausgegebene Geld wurde durchaus gern genommen.

Garnison-Ende – Beispiel Passau

Allein in Bayern werden statt 50 000 Soldaten der Bundeswehr nur mehr rund 30 000 stationiert bleiben. Besonders die Luftwaffe verschwindet, wohl zur Freude der Lrmpfindlichen. So werden Erding, Fürstenfeldbruck, Kaufbeuren, Penzing und zum Teil auch Roth auf die blauen Uniformen verzichten müssen. Auch Niederbayern, obwohl mit der Zahl der Standorte des Heeres ungeschoren, wird ebenfalls an realer Soldatenzahl Einbußen hinnehmen müssen. Es fallen ja mindestens die Ausbildungskompanien der Wehrpflichtigen weg. Ob wegen der gerin-

geren Belegschaft die Bcker und Metzger, die Wirtshäuser und die Kinos Umsatzrückgänge bekommen, kann noch nicht genau beziffert werden. Fest steht, dass die betroffenen Kommunen vom Staat Ersatzmaßnahmen verlangen, so wie damals in Passau, als die Pioniere verschwanden.

Der für die Abwicklung zuständige bayerische Staatskanzleichef gibt sich zuversichtlich, „dass wir für die betroffenen Gemeinden gute Lösungen finden werden“, wie er kürzlich äußerte. In Passau war das vor 20 Jahren schwierig. Der Pionier-Standort gehörte zu den ersten, die nach dem Ende des Kalten Kriegs – auch von der neuen SPD-Stadtführung – für überflüssig gehalten wurden und für die es noch keine nachprfbareren Pläne zur „Konversion“ gab, zur Umgestaltung vom militärischen Areal zu einem zivilen. OB Willi Schmöller (SPD) hatte schnell den Kontakt zum langjährigen CSU-Abgeordneten gesucht, um diese „Pionieraufgabe“ zu bewältigen. Dieser war stellvertretender Haushaltsausschuss-Vorsitzender.

Er hatte auch einen Draht zum obersten Liegenschaftsverwalter des Bundesfinanzministeriums. So kam OB Schmöller zunächst nach Bonn und dann Ministerialdirektor Hubrich nach Passau, um für günstige Grunderwerbskonditionen zu sorgen. Vor 20 Jahren dachte der zuständige bayerische Sozialminister Dr. Gebhard Glück zwar auch noch, dass die frei werdenden Gebäude für ein Asyl-Auffanglager geeignet wären. Aber dieser Kelch ging vorüber. Stattdessen galt Passau bald als Vorzeige-Objekt, wie man „aus Schwertern Pflugscharen“ machte und wie auf dem Bundeswehr-Areal in Kolhbruck Tausende neuer und moderner Arbeitsplätze entstanden. Es bleibt zu wünschen, dass es keine Zeit mehr in Deutschland geben wird, die eine hohe Soldatenzahl erfordert. Es ist aber auch zu wünschen, dass die Leistung der Angehörigen der künftigen Bundeswehr auch dort anerkannt wird, wo man ohne persönliche Belastung Freiheit und Wohlstand in vollen Zügen genießen kann.